

# O3

**Titel** Ländlicher Raum – Aussterben lassen?

**AntragstellerInnen** Thüringen

**Zur Weiterleitung an**

angenommen

mit Änderungen angenommen

abgelehnt

---

## Ländlicher Raum – Aussterben lassen?

1

2 Der ländliche Raum prägt die Bundesrepublik maßgeblich. Dörfer, Gemeinden und Kleinstädte dominieren  
3 weite Strecken des Landes, abseits der urbanen Räume. Diese Struktur bringt besondere Herausforderungen  
4 für die Versorgung der Bevölkerung und für die Gesellschaft im Allgemeinen mit sich. Denn fernab des urba-  
5 nen Raums lassen sich gute, ausfüllende Lebensbedingungen für alle Menschen in ländlichen Gebieten nur  
6 schwerlich ohne Komplikationen ermöglichen. Natürlich gibt es auch hier Dörfer und Kleinstädte, die lebensfä-  
7 hig sind und bleiben werden, aber der Regelfall wird nach derzeitigem Stand anders aussehen: Abwanderung,  
8 alternde Bevölkerungen und damit verbunden ein teils dramatischer Bevölkerungsrückgang.

9 Es gilt daher, gleichwertige Lebensverhältnisse auf dem Land bzw. im ländlichen Raum herzustellen und es  
10 geht um nichts weniger, als das sukzessive Aussterben ganzer Landstriche zu verhindern. Nur wenn wir es  
11 schaffen, vor Ort Strukturen zu etablieren, die auch für junge Menschen und Familien attraktiv sind, wird der  
12 ländliche Raum als Lebens-, Wohn-, Arbeits- und Wirkstätte nicht mehr in Frage gestellt.

13 Oft sprechen wir über das subjektive Gefühl des Abgehängt-Seins, das zumindest in einigen Regionen auch  
14 objektiv durch Fakten belegt werden kann. Wir dürfen es jedoch nicht zulassen, dass dieses teilweise berech-  
15 tigte Denken zur Maxime in der gesellschaftlichen Ausrichtung wird. „Abgehängt-Sein“ lässt sich ändern – mit  
16 Engagement und mit Investitionen. Die gesellschaftliche Solidarität und der gesellschaftliche Frieden, über die  
17 verschiedenen Milieus und die Generationen hinweg können sich nur ausbreiten, wenn alle Menschen davon  
18 ausgehen können, dass ihnen zumindest ähnliche Chancen gegeben werden, in ihren persönlichen Gegeben-  
19 heiten einen gewissen gemeinschaftlichen Standard zu erreichen.

20 Dieser ‚Standard‘ drückt sich explizit nicht darin aus, dass Mindesteinheiten oder Untergrenzen eingehalten  
21 werden, sondern dass sich die Situationen für die Menschen vor Ort verbessern. Wir wollen, dass Chancen-  
22 gleichheit herrscht, egal wo die Menschen herkommen und egal wo sie hinwollen.

23 Die Tatsache, dass es Menschen gibt, die im ländlichen Raum zuhause sind und sich zuhause fühlen, mit ande-  
24 ren Worten, dass sie dort leben wollen, muss unsere Aufgabe sein, vor Ort Lebensbedingungen herzustellen,  
25 so dass ein gutes Leben auch möglich ist. Trotz aller Hindernisse und struktureller Schwierigkeiten bietet der  
26 ländliche Raum dabei auch Entwicklungschancen. So findet sich gerade hier Raum zur Selbstverwirklichung  
27 und zur Umsetzung individueller Lebensentwürfe, entfernt vom „Schneller-Höher-Weiter“ des urbanen Rau-  
28 mes.

29 Wir fordern, dass der Bund in Zusammenarbeit mit den Ländern und Kommunen vor Ort den ländlich gepräg-  
30 ten Raum strukturell fördert. Dazu gehören zu allererst zwei Stellschrauben: Zunächst die Ausfinanzierung der  
31 Kommunen durch überarbeitete kommunale Finanzausgleichssysteme und höhere Mittelzuweisungen von  
32 Bund und Ländern. Und als zweiter Überpunkt muss die Aufgabe der Unterscheidung zwischen freiwilligen  
33 Leistungen und Pflichtaufgaben für die kommunale Hand erfolgen. Nur mit strukturellen Änderungen ver-  
34 kommt die kommunale Selbstverwaltung nicht zu einer Worthülse. Die nachfolgenden Themenbereiche sind  
35 nicht abschließend, decken aber einen großen Teil unserer Forderungen gegen das Aussterben des ländlichen  
36 Raumes ab:

### 37 **1. Anbindung und Mobilität verbessern.**

38 Für viele Menschen verdeutlicht die fehlende Mobilität und der damit verbundene verwehrte Zugang zu wichti-  
39 gen und teils lebensnotwendigen Einrichtungen symbolisch das Gefühl des Abgehängt-Seins. Um die Situation  
40 der Menschen im ländlichen Raum zu verbessern und die Attraktivität des nicht urbanisierten Raums zu stär-  
41 ken, müssen neue Konzepte der Mobilität zum Einsatz kommen. Es darf nicht sein, dass der Bus nur noch  
42 einmal alle zwei Tage ins Dorf kommt und der Bahnhof schon seit Jahrzehnten abgekoppelt bleibt.

43 Es kann sich nicht darauf verlassen werden, dass jede\*r ein Auto zur Verfügung hat. Gerade Jugendliche und  
44 junge Menschen können sich oftmals den Individualverkehr nicht leisten. Gleiches trifft auch auf ältere Men-  
45 schen zu, die zudem altersbedingt nicht mehr in der Lage dazu sind, ein eigenes Auto zu unterhalten.

46 Wir fordern:

47 • den vollumfänglichen Ausbau des ÖPNV. Jeder Ort – sei er auch noch so klein – muss zweimal am  
48 Tag (auch am Wochenende) regulär angefahren werden, so dass es die Möglichkeit gibt, in die nächst-  
49 größere Stadt zu gelangen und wieder zurück. Zudem sollen Rufbus-Angebote die außerplanmäßige  
50 Nachfrage bedienen.

51 • den kostenlosen ÖPNV. Kurzfristig müssen aber überall Lösungen geschaffen werden, die wirtschaftlich  
52 Schwachen, Kindern, Jugendlichen und Älteren Ermäßigungen zugestehen.

53 • die Anbindung auch kleinerer Ortschaften an den Zugverkehr, damit nicht ganze Regionen vom Schie-  
54 nenverkehr abgekoppelt werden. Um in der Abwägung der Schnelligkeit und der Anbindungsquantität  
55 beide Aspekte abzudecken, sollen abwechselnd schnelle Verbindungen und Verbindungen mit vielen  
56 Haltepunkten zur Verfügung stehen.

57 • die Unterstützung von zivilgesellschaftlichen Mitfahr-Initiativen. Mitfahrgelegenheiten von Nachbar\*in-  
58 nen etc. auf dem Land gibt es ebenso wie in den Städten. Gerade hier zeigen sich Gelegenheiten zur  
59 nicht-kommerziellen Nutzung der Bevölkerung fernab des ÖPNVs.

60 • die nahtlose Verzahnung der unterschiedlichen Mobilitätsangebote hinsichtlich Taktung und Bezah-  
61 lung.

### 62 **2. Nahversorgung mit Lebensmitteln, Mittel des täglichen Gebrauchs und Geld**

63 Die Dorfkonzums gehören der Vergangenheit an, der letzte Bäcker hat vor ein paar Jahren geschlossen und  
64 der nächste Supermarkt ist genau wie die nächste Sparkasse ein paar Kilometer entfernt. Vor Ort gibt es meist  
65 keine Möglichkeiten mehr, schnell etwas einkaufen zu gehen. Die Sicherung der Nahversorgung stößt an ihre  
66 betriebswirtschaftlichen Grenzen.

67 Hier muss angesetzt werden. Der Einzelhandel sollte bei innovativen Projekten zur Versorgung des peripheren  
68 Raumes unterstützt werden. Mittel des täglichen Gebrauchs, insbesondere Lebensmittel und Geld müssen für  
69 alle Menschen wohnungsnah zu besorgen sein. Die Kommunen sollen dabei den Rahmen vorgeben, der es  
70 öffentlichem und privatem Engagement ermöglicht, im ländlichen Raum aktiv zu werden.

71 Wir fordern:

72 • Nahversorgungsmöglichkeiten für alle Menschen wohnungsnah durch eine vernetzte Struktur aus pri-  
73 vaten und kommunal gestützten Angeboten.

74 • Geldautomaten in allen Ortschaften.

75 • die Unterstützung von Kooperationslösungen durch verschiedene Einzelhandelsmärkte. Seien es sta-  
76 tionäre Verkaufsstände an bestimmten Wochentagen oder fahrende Händler, die ein eingeschränktes  
77 Sortiment veräußern.

78 • die Professionalisierung von Vermarktungsinitiativen aus der Region, da gerade Direktvermarkter eine  
79 größere Zielgruppe ansprechen und Wirtschaftlichkeit auch in kleinen Orten generieren.

### 80 **3. Digitalisierung und Mobilfunk**

81 Ein weiterer Punkt, in dem der ländliche Raum gegenüber den urbanen Gebieten zurückfällt, ist die Digitalisie-  
82 rung. Gerade Menschen, die nicht in der Stadt wohnen, leiden unter der Abkopplung vom Internet. Entweder

83 gibt es gar keine Verbindung oder das Internet ist so schwach, dass man damit nichts wirkungsvoll anfangen  
84 kann. Für den Mobilfunk gilt das in gleicher Weise.

85 Diesen Zustand müssen wir hinter uns lassen. Gleichwertige Lebensverhältnisse bedeuten gerade auch im  
86 21. Jahrhundert, dass die Menschen überall telefonieren und ins Internet gehen können. Der Ausbau muss  
87 schleunigst vorangetrieben werden.

88 Wir fordern:

- 89 • den konsequenten Ausbau der Breitbandinfrastruktur mit Glasfaserkabeln und den Verzicht der  
90 Vectoring-Technologie. Alle Haushalte sollen in kürzester Zeit mit 100-Prozent Kostenübernahme durch  
91 Bund und Länder angeschlossen werden. Der favorisierte Ansatz sollte FTTH sein.
- 92 • den konsequenten Ausbau der Mobilfunknetze. Die Funklöcher, gerade in wenig besiedelten Gebie-  
93 ten und entlang von Bahntrassen müssen verschwinden, Telefonie und Mobile Daten sollen überall in  
94 adäquater Qualität verfügbar sein.
- 95 • öffentliche WLAN-Hotspots an zentralen Plätzen in allen Gemeinden sowie in Dorfgemeinschaftszen-  
96 tren, die durch Bund und Länder finanziert werden.

#### 97 **4. Ärzt\*innen- und Pflegeversorgung**

98 Ein Problem, das in naher Zukunft und unaufhaltsam herannaht, ist die gesundheitliche Versorgung. Der ländli-  
99 che Raum hat es in seiner Struktur besonders schwer, mit ausreichend Ärzt\*innen abgedeckt zu werden. Schon  
100 jetzt sind die Patient\*innenzahlen pro Praxis viel zu hoch, in Zukunft jedoch wird sich die Zahl pro Ärzt\*in noch  
101 weiter steigern. Ähnlich gelagert ist die Versorgung von pflegebedürftigen Menschen – sei es der stationäre  
102 Pflegebereich oder fehlende Kapazitäten in der ambulanten Pflege.

103 Wenn wir den Kollaps des Gesundheitssystems verhindern wollen, muss enorm in die Pflege investiert werden.  
104 Es braucht modernere Strukturen und Methoden in der medizinischen Arbeit sowie ein neues Verständnis von  
105 Pflegearbeit im 21. Jahrhundert.

106 Wir fordern:

- 107 • die Ermöglichung von Kooperationen und Zusammenarbeit in allen geeigneten Formen sowie die Ein-  
108 richtung von kommunalen Praxen und Zweigpraxen.
- 109 • die sinnvolle Weiterentwicklung und schrittweise Anwendung von E-Health-Lösungen.
- 110 • eine stärker interdisziplinäre und professionsübergreifende Ausrichtung der Gesundheitsversorgung.
- 111 • Stipendien für angehende Landärzt\*innen.
- 112 • höhere Löhne in der Pflege. Qualifiziertes Personal muss entsprechend der Bedeutung dieser Arbeit  
113 entlohnt werden.

#### 114 **5. Wohnungspolitik**

115 Wenn man an Wohnungspolitik denkt, kommt sofort der angespannte Wohnungsmarkt in den Ballungsgebiete-  
116 ten in den Sinn. Im ländlichen Raum ist die Situation anders gelagert – hier gibt es oftmals Raum und Leerstand.  
117 Allerdings ist mancher Leerstand in derart marodem Zustand, dass es sich um Schrottimmobilien handelt.  
118 Diese müssen häufig enteignet und dann kostspielig durch Kommunen abgerissen werden. Vielfach ist die  
119 Bausubstanz in die Jahre gekommen und hält weder Ansprüche für altersgerechtes Wohnen noch moderne  
120 Energiestandards.

121 Wir wollen eine Wohnungspolitik, die den Anforderungen unserer Zeit gerecht wird. Per se ist der ländli-  
122 che Raum als Wohnort attraktiv, allerdings sorgen viele Begleitumstände und Bedingungen vor Ort dafür, dass  
123 wenige Menschen den Schritt aus den urbanen Räumen gehen. Hier brauchen wir Instrumente, die wirtschaft-  
124 lich schwache Menschen und Familien unterstützen.

125 Wir fordern:

- 126 • Finanzmittel, die den Abriss oder Rückbau von Schrottimmobilien sowie Gemeindeumbaumaßnahmen  
127 in finanzschwachen Kommunen übernehmen.

- 128 • Zugriffsmöglichkeiten auf Schrottimmobilien in Kommunen nach spätestens fünf Jahren.
- 129 • ein Flächenmanagement, das Grunderwerb zu sozial erschwinglichen Preisen ermöglicht.
- 130 • Unterstützung zur Sanierung und Modernisierung alter Bausubstanzen, gerade in Gemeinden und Dör-
- 131 fern.
- 132 • Initiativen für Wohnungsbaugenossenschaften in ländlichen Regionen.

### 133 **6. Verwaltung und Bürger\*innenbeteiligung**

134 Ein weiteres Problem liegt häufig in den Verwaltungsabläufen. Menschen müssen immer noch zu häufig in  
135 Ämter und Rathäuser, um ihre Angelegenheiten zu regeln. Dabei gäbe es längst Möglichkeiten für weniger  
136 umständliche Verfahren. Zunächst sollte die interkommunale Zusammenarbeit unter der Betrachtung der fol-  
137 genden Frage ausgebaut werden: Welche Aufgaben können in gemeinsamen Einrichtungen mehrerer Kommu-  
138 nen zusammenlaufen und welche Möglichkeiten gibt es, als digitaler Dienstleister aufzutreten? Andererseits  
139 müssen auch Möglichkeiten für immobile Menschen geschaffen werden, sprich mobile Verwaltungseinhei-  
140 ten. Auch die Bürger\*innenbeteiligung entspricht nicht dem demokratischen Idealzustand, vielfach besitzen  
141 Ortsteil- oder Gemeindegremien zu geringe Kompetenzen und Entscheidungen, die die Bewohner\*innen vor  
142 Ort betreffen, werden über ihre Köpfe getroffen.

143 Wir wollen einen Verwaltungsapparat, der effizient die Anliegen der Menschen abarbeitet. Hier müssen digita-  
144 le Lösungen forciert werden, um größere Strukturen zu ermöglichen. Letztlich wird es schwieriger geeignetes  
145 Fachpersonal zu finden, das in Verwaltungen kleinerer Kommunen arbeitet, daher werden wir an Kommunal-  
146 verwaltungsreformennicht herkommen. Außerdem wollen wir eine stärkere Bürger\*innenbeteiligung, die  
147 mehr ausmacht als bloße Anhörungskompetenzen.

148 Wir fordern:

- 149 • Kommunalverwaltungsreformen mit dem Schwerpunkt der interkommunalen Zusammenarbeit.
- 150 • die Digitalisierung der Verwaltung und den entsprechenden Umbau der Strukturen.
- 151 • Stipendien für Verwaltungsfachleute (insbesondere IT-Fachkräfte), die in den ländlichen Raum gehen.
- 152 • den Ausbau der Bürger\*innenbeteiligung vor Ort, wie die Bildung von Ortsteilräten.
- 153 • größere Einflussmöglichkeiten und eigene Finanztöpfe für Ortsteilräte und ähnliche kommunale Re-  
154 präsentationsgremien.

### 155 **7. Kindertagesstätten und Schulen**

156 Das Credo „kurze Beine – kurze Wege“ steht im ländlichen Raum seit einiger Zeit zur Debatte. Die Kinder-  
157 Zahlen sind zurückgegangen und der demographische Wandel sorgt dafür, dass die Auslastung auch künftig  
158 nicht besser sein wird. Vielfach gibt es Überlegungen zu Schulschließungen oder der Stilllegung von anderen  
159 Sozialeinrichtungen wie Kindertagesstätten. Das kann nicht derrichtige Weg sein, um den ländlichen Raum  
160 weiterzuentwickeln.

161 Wir wollen alle Schulen und Kindertageseinrichtungen im dem ländlichen Raum erhalten. Diese Strukturen  
162 sind häufig die Basis für Jugendarbeit in Vereinen oder überhaupt die Grundlage einer lebendigen Kultur in  
163 einem kleinen Ort. Außerdem brauchen wir Anreize, um Referendar\*innen und junge Lehrer\*innen in den  
164 ländlichen Raum zu holen.

165 Wir fordern:

- 166 • eine Bestandsgarantie für alle Schulen sowie Ausnahmeregelungen für Schulen, die die Mindestzahlen  
167 nicht erreichen. Alternativ soll auf Kooperationsmodelle zurückgegriffen werden können.
- 168 • dass es auch keine Schließung von Sozial- oder Bildungseinrichtungen wie Kindertageseinrichtungen  
169 gibt.
- 170 • Stipendien für angehende Lehrer\*innen, die in den ländlichen Raum gehen.

### 171 **8. Ehrenamt**

172 Das Ehrenamt war und ist gesellschaftlich von entscheidender Bedeutung. Gerade im ländlichen Raum läuft  
173 nichts ohne die Strukturen des Sportklubs, der freiwilligen Feuerwehr oder des Kirchesvereins etc. Die Men-  
174 schen, die sich um ihr Gemeindeleben kümmern und dafür viel Zeit und Energie investieren, müssen unter-  
175 stützt werden. Gerade in kleineren Kommunen fehlt es an finanziellen Mitteln, um diese Strukturen aufrecht-  
176 zuerhalten und das essentielle Dorfgemeinschaftsgefühl zu stärken.

177 An diesem Punkt muss angesetzt werden, die vielen Ehrenamtler\*innen müssen Unterstützung und Würdi-  
178 gung erfahren. Die Kommunen, Ortsteile und unteren Strukturen sollten Möglichkeiten zur Stärkungen von  
179 Kultur und Sport vor Ort in die Hand gegeben werden.

180 Wir fordern:

- 181 • dass jedem Kommunalgremium für seine Ortschaft ein Budget zur Verfügung gestellt wird, mit dem  
182 kulturelle und ehrenamtliche Aktivitäten bezuschusst werden sollen.
- 183 • dass Räumlichkeiten zur Verfügung gestellt werden, in denen ehrenamtliches Engagement Platz zur  
184 freien Entfaltung hat.
- 185 • dass das Ehrenamt eine höhere gesellschaftliche Würdigung erfährt und aktive Menschen in ihrer Aus-  
186 übung unterstützt und nicht eingeschränkt werden.
- 187 • einen Fond, der als Startkapital für die Neu- oder Wiedergründung von Vereinen zur Verfügung steht.

### 188 **9. Kinder- und Jugendarbeit vor Ort**

189 Die Abwanderung oder Landflucht ist auch begründbar mit den schlechten, unzureichenden Möglichkeiten für  
190 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene. Vielfach gibt es neben der alten Bushaltestelle keinen Ort, an dem  
191 sich junge Menschen treffen können. Das Potential der Jugendarbeit und der Beteiligung junger Menschen  
192 wird gerade im ländlichen Raum nicht genutzt, um die Kommunen so zu entwickeln, dass sie attraktiver für  
193 diese Altersgruppen werden.

194 Die Kinder- und Jugendarbeit muss finanziell und personell stärker untersetzt sein, um im ländlichen Raum  
195 flächendeckend effektiv wirken zu können. Gleichsam müssen die Kinder und Jugendlichen vor Ort in die Er-  
196 arbeitungen mit einbezogen werden – es darf keine übergestülpten Konzepte geben. In jedem Fall müssen  
197 Angebote für Kinder und Jugendliche geschaffen werden, die sie auch vor Ort wahrnehmen können.

198 Wir fordern:

- 199 • Kinder- und Jugendbeauftragte in den Landkreisen und eine umfangreiche Jugendarbeit, die sich den  
200 Strukturen in den Ortschaften anpasst.
- 201 • dass es in allen Kommunen Ansprechpartner\*innen vor Ort gibt. Notfalls müssen Modelle der mobilen  
202 Jugendarbeit angewandt werden.
- 203 • Räume zur freien Entfaltung für Jugendliche sowie Spielplätze und die Sanierung von Spielanlagen für  
204 Kinder.
- 205 • finanzielle und personelle Unterstützung für die lokalen Vereine in der Jugendarbeit.

### 206 **10. Dorfkümmerer\*innen und Dorfgemeinschaftszentren**

207 Eine Möglichkeit, für viele Probleme und Herausforderungen vor Ort eine\*n Ansprechpartner\*in zur Verfü-  
208 gung zu stellen, ist die Initiierung von Gemeindegemückerer\*innen. Hier sollen Personen von den Kommunen  
209 angestellt werden, um sich mit den konkreten Situationen vor Ort auseinanderzusetzen. Sie sollen als Binde-  
210 glied zwischen Bevölkerung und Verwaltung dienen und einfache Aufgaben in den Kommunen selbstständig  
211 erledigen. Vorrangig soll ihre Arbeit als Ansprechperson auslegt sein; sie können jedoch auch zur Unterstüt-  
212 zung ansässiger Vereine hinzugezogen werden.

213 In vielen Forderungspunkten wurde zudem die Frage nach Raum und Räumlichkeiten aufgeworfen. Daher  
214 fordern wir, dass in allen Ortschaften Bürger\*innenzentren oder Dorfgemeinschaftshäuser entstehen sollen.  
215 Außerdem sollen die Kommunen finanziell so ausgestattet werden, dass sie die laufenden Kosten tragen kön-  
216 nen. Hier sollen die Bewohner\*innen, aber auch Vereine und Initiativen Zugang für Aktivitäten bekommen.  
217 Die Räumlichkeiten können als Veranstaltungsorte dienen und es sollen die Möglichkeiten erörtert werden,

- 218 kleine Verkaufsräume einzurichten, um in Kooperation mit dem privaten Einzelhandel, Gewerbe treiben zu  
219 können.